

Für Sie im Landtag – Für Sie vor Ort

Ausgabe September 2013



Am 22. September
alle Stimmen für
die **CDU**

**Sabine
Bächle-Scholz
MdL
informiert**

CDU



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

mit der neuen Ausgabe meines Newsletters möchte ich Sie wieder über aktuelle Entwicklungen der Landespolitik und meiner Arbeit im Wahlkreis informieren.

Es laufen nunmehr die letzten Tage des Wahlkampfes und unermüdlich bin ich Einsatz für einen Wahlsieg von Schwarz-Gelb und eine Fortsetzung der guten Politik für unser Land.

Den vielen freiwilligen Helfern an den Infoständen, beim Austeilen von Material und der Organisation der zahlreichen Veranstaltungen gilt mein besonderer Dank! Gemeinsam werden wir es schaffen auch im Wahlkreis 47 erfolgreich zu sein und das Direktmandat zu verteidigen. Auch die kommenden Jahre verspreche ich Ihnen **Für Sie im Landtag – Für Sie vor Ort zu sein!**

Mit Maria Ahsan konnte ich auch wieder eine Praktikantin in meinem Büro begrüßen. Es war eine spannende und schöne Zeit. Das Interview auf S. 7,8 führte sie. Ich wünsche viel Spaß beim Lesen!

Sie sind herzlich eingeladen, jederzeit mit mir ins Gespräch zu kommen und meiner Arbeit bei Facebook zu folgen.

Herzliche Grüße,

Sabine Bächle-Scholz

IN DIESER AUSGABE

- Ahmadiyya Gemeinde Mainspitze zu Besuch im Hessischen Landtag (S. 3)
- Chancenspiegel der Bertelsmann-Stiftung (S. 4)
- Steuerpläne von Rot Grün (S. 5)
- Sabine Bächle-Scholz MdL zur stellvertretenden CDA-Vorsitzende in Hessen gewählt (S. 6)
- Interview mit Herrn Staatssekretär Lorz (S. 7.8)
- Impressionen (S. 9-10)

Ahmadiyya Gemeinde Mainspitze zu Besuch im Hessischen Landtag

Sabine Bächle-Scholz MdL begrüßt Bürgerinnen und Bürger in Wiesbaden

Nach einer Einführung durch den Besucherdienst und dem Besuch einer Plenardebatte begrüßte Sabine Bächle-Scholz Mitglieder der Ahmadiyya Gemeinde Ginsheim-Gustavsburg und Bischofsheim und gewährte ihnen Einblicke in ihre Arbeit.

Neben der mehrstündigen Plenardebatte nahm sie sich am 21. Mai 2013, die Zeit, in einem Gespräch ihren Gästen Rede und Antwort zu stehen. Die Besucher nahmen mit Freude die gelungene Familienpolitik der Landesregierung und den immerwährenden Einsatz der Abgeordneten für die Belange und Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern aus ihrem Wahlkreis wahr.

Für Bächle-Scholz ist es ein gutes Zeichen, wenn sich Bürgerinnen und Bürger nicht nur auf kommunaler Ebene um Informationen bemühen, sondern auch die Eindrücke auf landespolitischer Ebene zu einem besseren Verständnis für Politiker und Politik nutzen wollen.

Die Besucherinnen und Bürger konnten ein Potpourri von Themen, in der Debatte erleben, von der von der Neuausrichtung des Verfassungsschutzes über die Beamtenbesoldung bis zum Mindestlohn. Im Anschluss an die gewonnenen Eindrücke stand dann die Abgeordnete ihren Gästen Rede und Antwort und befriedigte den Wissensdurst in einem persönlichen Gespräch. Hierbei kam insbesondere auch der Start des bekenntnisorientierten Islamunterrichts zum neuen Schuljahr zur Sprache, der auch in drei Schulen im Wahlkreis angeboten werden wird.

Die Gäste konnten den Eindruck mitnehmen, dass Landespolitik spannend und abwechslungsreich ist und dass Bächle-Scholz ihr Motto „Für Sie im Landtag – Für Sie vor Ort“ wirklich lebt. Zum Dank für den informativen und spannenden Tag überraschten sie die Abgeordnete mit einem Blumenstrauß, den diese mit großer Freude entgegennahm.

Bächle-Scholz versprach den guten Kontakt auch in der Zukunft zu pflegen, und nicht nur zum Fastenbrechen, ein häufiger Gast in der Gemeinde zu sein.



„Chancenspiegel der Bertelsmann-Stiftung bestätigt überdurchschnittlich hohe Durchlässigkeit des hessischen Schulsystems“

„Der ‚Chancenspiegel‘ der Bertelsmann-Stiftung belegt einmal mehr eindrucksvoll, dass Hessen über ein extrem durchlässiges und vielfältiges Bildungssystem verfügt, das seine Schülerinnen und Schüler optimal zu fördern versteht. So erwerben in Hessen deutlich mehr Schülerinnen und Schüler einer Jahrgangsstufe eine Studienberechtigung, als dies im Bundesdurchschnitt der Fall ist. Im bundesweiten Vergleich beim Anteil der Studienanfänger (nach dem Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung) liegt Hessen sogar auf dem bundesweiten Spitzenplatz an erster Stelle aller Bundesländer“, kommentiert der Bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Günter Schork, die Ergebnisse des „Chancenspiegels“ der Bertelsmann-Stiftung.

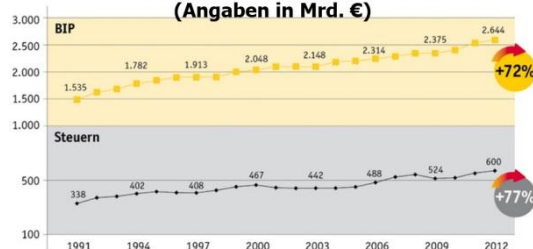
„Auch in anderen Kompetenzfeldern wurden Hessen hervorragende Werte bescheinigt. So straft die weit überdurchschnittliche Ganztagsnutzung die Propaganda der rot-rot-grünen Opposition Lügen. Seit 1999 wurde die Zahl der Ganztagsangebote durch die CDU-geführte Landesregierung von 138 auf 927 mehr als versechsfacht. Während unter der letzten rot-grünen Regierung nicht eine einzige Ganztagschule genehmigt worden war, haben wir uns dieser Herausforderung tatkräftig angenommen und auf der Grundlage von Wahlfreiheit die Ganztagsangebote in Hessen massiv ausgebaut. Darüber hinaus konnte auch die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss ausweislich der Ergebnisse der Studie deutlich reduziert werden. Dieser Spitzenwert ist das Ergebnis einer erfolgreichen Politik der CDU-geführten Landesregierung, die sich nicht in einer Scheuklappenperspektive auf Abiturientenquoten beschränkt, sondern sich mit gleichem Engagement der Haupt-, Real- und Berufsschüler annimmt. Durch gezielte Maßnahmen wie SchuB-Klassen geben wir abschlussgefährdeten Schülerinnen und Schülern eine schulische und berufliche Perspektive. Das einzigartige duale Ausbildungssystem hat zudem dazu geführt, dass Deutschland die mit Abstand geringste Jugendarbeitslosigkeit aller 27 Staaten in der Europäischen Union vorweisen kann. Nur die Vielfalt eines differenzierten Bildungssystems sorgt folglich für Karrierechancen und Lebensperspektiven aller Schülerinnen und Schüler. Die Bertelsmann-Studie hat somit einmal mehr deutlich gemacht, dass sozialistische Reformexperimente wie die Einheitsschule keine Bildungschancen eröffnen, sondern die jungen Menschen ihrer Zukunftsaussichten berauben“, schließt Schork seine Stellungnahme.

Steuerpläne von Rot Grün

Sabine Bächle-Scholz (Landtagsabgeordnete aus dem Wahlkreis 47) : „**Rot-Grüne Steuerpläne belasten hessische Familien und gefährden zwei Millionen Arbeitsplätze in Deutschland**“ - „**SPD und Grüne sprechen von ‘Sozialer Gerechtigkeit’, meinen aber Abkassieren, Bevormundung und Gängelung**“

„Die rot-grünen Steuerpläne belasten hessische Familien und gefährden zwei Millionen Arbeitsplätze in Deutschland. SPD und Grüne wollen gleichzeitig mehr als zehn Steuerschrauben nach oben drehen. Die Einkommens-, Erbschafts- und Kapitalertragssteuer sollen erhöht, eine Vermögens-, Wasser- und Baurohstoffsteuer eingeführt, das Ehegattensplitting abgeschafft, die Kinderfreibeträge reduziert, die Beitragsbemessungsgrenze für die Krankenversicherung angehoben und Minijobs abgeschafft werden. SPD und Grüne treffen damit genau die Mitte unserer Gesellschaft und es zeigt sich wieder einmal: Bei uns zählt der Bürger, bei Rot-Grün zählt der Bürger“, stellte die Landtagsabgeordnete aus dem Wahlkreis 47 anlässlich der aktuellen Diskussion um die Steuererhöhungspläne von Sozialdemokraten und Grünen fest. „Rot-Grün behauptet, mit Plänen nur sog. „Reiche“ zu treffen. Die Wahrheit ist: Bei der Erhöhung der Einkommensteuer werden schon Familieneinkommen ab 5.000 Euro/Monat ins Visier genommen. Damit wird vor allem die Mittelschicht angegriffen. Durch die Abschaffung des Ehegattensplittings und der Reduzierung der Kinderfreibeträge wird des Weiteren die Familienbesteuerung nachteilig verändert. Berechnungen belegen, dass diese Pläne für jede dritte Familie Mehrbelastungen bedeuten und damit die Wahlfreiheit, bei der Entscheidung, welcher Partner wie viel arbeitet, der Vergangenheit angehört“, so Frau Bächle-Scholz weiter. Die CDU-Politikerin kritisierte besonders, dass „selbst Schüler, Studenten und Rentner nach den rot-grünen Vorstellungen bluten müssen, sollten die steuerfreien 450-Euro-Jobs wegfallen.“

**Der Staat in Deutschland hat genug Geld.
Das Steueraufkommen wächst schneller als das BIP.
(Angaben in Mrd. €)**



Quelle: VHU (Verband Hessischer Unternehmer)

Auch Mittelständische Betriebe müssten mit teilweise existenzbedrohenden Belastungen rechnen. Durch die Erhöhung der Einkommensteuer in Verbindung mit der beabsichtigten Verdopplung des Aufkommens aus der Erbschaftsteuer und der Einführung einer Vermögensteuer bzw. –abgabe würden gerade Familienunternehmen angegriffen. Dazu Sabine Bächle-Scholz : „Wird das wirtschaftliche Rückgrat Deutschlands nachhaltig geschädigt, kommt es zu weniger Investitionen oder gar zu Verlagerungen ins Ausland. Die Auswirkungen einer solchen Politik kann man beispielsweise in Frankreich beobachten, wo die Politik der Steuererhöhung zu wirtschaftlichem Abstieg und Erhöhung der Arbeitslosenzahlen geführt hat. Unserem Land muss dieser Irrweg erspart werden.“

Die CDU-Politikerin führte im Folgenden konkrete Beispiele für die Belastungsvorhaben von SPD und Grünen auf und machte deutlich, dass sich vielleicht nicht jede dieser einzelnen Maßnahmen für jedermann auswirke, so treffe das rot-grüne Gesamtkonzept „voll in die Mitte der Gesellschaft.“

Ehegattensplitting - Familie mit zwei Kindern – Mann verdient 3.300 Euro, Frau 870 Euro im Monat -
Jahreseinkommen der Familie 50.000 Euro: **+ 1.050 Euro/ Jahr**

Mittelständisches Familienunternehmen - Mitarbeiter 25, Gewinn 120.000 Euro, Steuern ohne
Vermögensabgabe 37.470 Euro, Steuern mit Vermögensabgabe 79.470 Euro: **+ 42.000 Euro/ Jahr**

Schüler, Student, Rentner – 450-Euro-Job: **+ 1.100 Euro/ Jahr**

Die Abgeordnete machte abschließend deutlich: „Wenn SPD und Grüne angesichts ihrer Pläne von ‚Sozialer Gerechtigkeit‘ sprechen, dann ist das purer Etikettenschwindel. In Wirklichkeit handelt es sich um das Abkassieren der Mittelschicht, von Handwerkern, Facharbeitern und Familienunternehmern. Die rot-grünen Absichten sind ein weiterer Beitrag zur staatlichen Bevormundung und Gängelung der Bürger, sie schaden unserem Land, gefährden nach Berechnungen des Deutschen Industrie- und Handelskammertags bis zu zwei Millionen Arbeitsplätze und setzen damit unseren Wohlstand aufs Spiel“, so die CDU-Politikerin.

Sabine Bächle-Scholz MdL zur stellvertretenden CDA-Vorsitzende in Hessen gewählt

„Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit“ waren Thema der Landestagung in Kelsterbach

Die Landtagsabgeordnete aus dem Wahlkreis 47 (Groß-Gerau Nord), Sabine Bächle-Scholz wurde auf der diesjährigen Landestagung der CDA Hessen in Kelsterbach mit 98 % der Stimmen zur stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt.

„Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit“ war das Thema der Tagung im Fritz-Treutel-Haus, die vom ehemaligen Rüsselsheimer Bundestagsabgeordneten Gerald Weiß, der auch Ehrenvorsitzender der CDA ist, geleitet wurde.

Die Wahrung der Tarifautonomie, die Bildungsvielfalt mit Förderung aller, die Einhaltung der Schuldenbremse und die europäische Einigung wurden als Themenkreise diskutiert.



Peter Weiß MdB berichtete als Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU Bundestagsfraktion und in diesem Amt Nachfolger des Namensvetters Gerald Weiß MdB a. D. in seinem Referat über **„Generationengerechtigkeit in der Rentenversicherung“**. Als **Landesvorsitzender wurde Dr. Matthias Zimmer MdB (Frankfurt) gewählt.**

Interview mit Staatssekretär Lorz zur Einführung des Islamischen Religionsunterrichts

Das Interview führte meine Praktikantin Frau Ahsan am Rande des Plenums

Inwiefern wurden die Ahmadiyya Muslim Gemeinde und die Ditib bei der Erstellung des Lehrplans einbezogen?

Das Curriculum wurde durch das Kultusministerium in verschiedenen Arbeitsgruppen mit den beiden Religionsgemeinden erstellt. Dabei beteiligten sich die Ahmadiyya Muslim Gemeinde und die Ditib von Anfang an gleichermaßen. Im Übrigen gibt es elf weitere religiöse Gemeinden, welche bekenntnisorientierten Religionsunterricht erteilen.

Welche Rolle haben Sie bei der Planung gespielt ?

Das Kultusministerium kontrollierte die Lehrpläne.

Welche Herausforderungen sind noch zu meistern ?

Diese Art von bekenntnisorientierten Religionsunterricht wird in Deutschland noch nicht als normal oder als selbstverständlich gesehen. Da müssen wir noch hin arbeiten.

Inwiefern sahen Sie als Christdemokrat die Notwendigkeit für die Einführung des Islamunterrichts ?

Jede religiöse Gemeinde, die hier vertreten ist und genügend Mitglieder hat, hat nach unserer Verfassung das Recht einen eigenen Religionsunterricht zu erteilen. So war es für mich nur noch eine Frage der Zeit bis sich Islamische Gemeinden dazu entschließen.

Zunächst wird der Islamunterricht an etwa 25 hessischen Grundschulen eingeführt. Sind weitere Grundschulen vorgesehen ?

Nein, noch nicht. Denn es handelt sich um ein Pilotprojekt mit 28 Schulen, an denen 25 Klassen den Unterricht der Ditib wahrnehmen und vier Klassen den der Ahmadiyya Muslim Gemeinde . Es gibt auch die Möglichkeit, dass eine Schule den bekenntnisorientierten Unterricht beider Gemeinden anbietet.

Gibt es den Islamunterricht auch bereits in anderen Bundesländern ? Ist Hessen ein Vorbild für weitere Länder und glauben Sie, dass diese sich jetzt auch mit dem Thema Einführung des Islamunterrichts beschäftigen werden ?

Bislang gibt es in keinem anderen Bundesland bekenntnisorientierten Islamunterricht, sondern höchstens den Ethikunterricht mit Schwerpunkt Islam oder Islamkunde. Sicherlich werden die anderen Länder von Hessens Vorreiterrolle profitieren und Hessen daher durchaus als Vorbild verstehen.

Interview mit Staatssekretär Lorz zur Einführung des Islamischen Religionsunterrichts (Fortsetzung)

Was muss geschehen, damit zum Beispiel die Schule in Bischofsheim eine Modellschule werden kann ?

Zunächst muss der Lehrermangel gedeckt werden, sprich wir müssen Lehrer finden. Voraussetzung für eine Schule ist es genügend interessierte Schüle in einer Klassenstufe zu haben, um den Islamunterricht anbieten zu können.

Die Einführung des Islamunterrichts erfolgt an hessischen Grundschulen? Ist eine Ausweitung an weiteren Schulen geplant ?

Ja, mit den ersten Klassen soll der bekenntnisorientierte Islamunterricht bis in die Oberstufe „wachsen“.

Was bedeutet der Köperschaftsstatus der Ahmadiyya Muslime Gemeinde für das Land Hessen ? Wie sehr wird die Gemeinde nun einbezogen? Was bedeutet es für die Muslime im Land Hessen ?

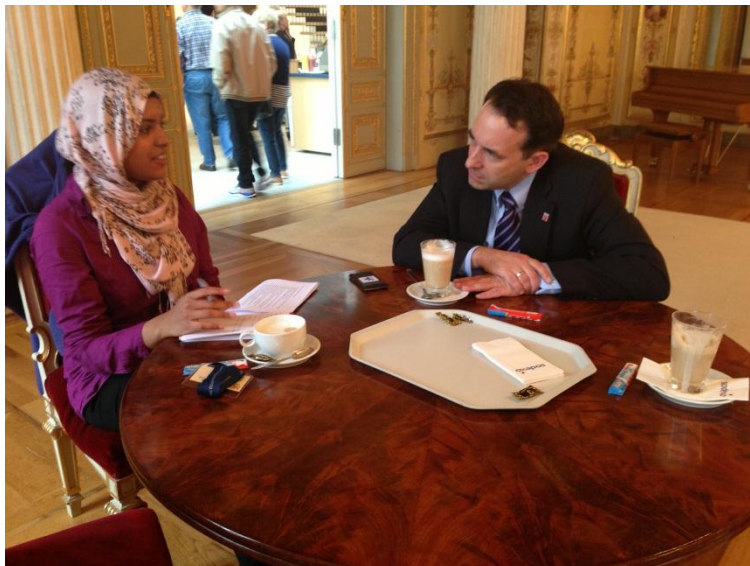
Es ist zunächst ein Vorteil für die Ahmadiyya Muslim Gemeinde, die nun einen Status erlangt hat, den traditionell die Kirche hatte. Es ist also eine Sache die einzigartig für Europa ist.

Wie ist es zu rechtfertigen , dass islamische Feiertage bislang nicht in den Schulen gefeiert werden, während zum Beispiel Weihnachten und die gesamte Adventzeit eine hohe Rolle spielen ?

Der religiöse Hintergrund sollte keine Rolle spielen. Es kommt auf das Feingefühl des Lehres an, welches er entwickeln muss, um Wissen über die verschiedenen Religionen und ihre Feiertage zu vermitteln.

Welche Voraussetzungen muss man erfüllen, um Lehrer für Islamunterricht zu werden ?

Neben der üblichen Lehrerausbildung ist das Fach Religionspädagogik zu belegen und nachzuweisen.



IMPRESSIONEN



Gemarkungsrundgang CDU GiGu und Bischofsheim mit Dr. Franz Josef Jung MdB



Infostand CDU Kelsterbach



Landesparteitag Alsfeld (von links nach rechts OB Patrick Burghardt, Peter Ziemainz, Ursula Kraft, Ines Claus)



Landesparteitag Alsfeld



Schutzschirmdiskussion Nauheim (von links nach rechts Winfried Rehm, Judith Nientied, Finanzminister Dr. Thomas Schäfer, Bürgermeister Jan Fischer) (Foto: Hans Joachim Brugger)

IMPRESSIONEN



Ministerin Kühne Hörmann in den Opelvillen (von links nach rechts Eva Kühne-Hörmann, Yvonne Rentrop, Dr. Beate Kemfert, Thorsten Weber)



Polnischer Ombudsmann für Kinderrechte im Landtag



Rumi e.V. Rüsselsheim mit Ismail Tipi



Senterra Pflegeresidenz (von links nach rechts Heinz Schneider, Denny Kunkel, Frau Schneider)



Stammtisch Innere Sicherheit (von links nach rechts Herr Fiscus, Herr Brand Polizei Bischofsheim)



Verbraucherzentrale Rüsselsheim